

36. Sitzung am 11.11.2010

Redebeitrag des Abgeordneten Dirk Adams zum zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes

Abgeordneter Dirk Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr verehrte Frauen Präsidentinnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst eine Vorbemerkung. Der Herr Kuschel hat es ja schon gesagt. Ich habe ernsthaft mal darüber nachgedacht, was passieren würde, wenn wir in dieser Debatte als Parlament feststellen würden, dass wir in diesem FAG etwas lindern müssen und hier Änderungen durchführen würden, allerdings der Termin für die Anmeldung kommunalrelevanter Änderungen am Haushalt, wenn das diese dann betreffen würde, schon durch ist. Insofern ist die Frage schon ein bisschen zu stellen, ob wir hier überhaupt ein ordentliches, gutes Verfahren haben. Ich kritisiere das genauso, wie Herr Fiedler das eben gemacht hat und wie Herr Kuschel das auch gemacht hat. Ich bin selbst kein Verfassungsrechtler und kann das, was Herr Kuschel eben angemahnt hat, nicht wirklich beurteilen. Die Frage steht, dass hier die Vorgaben des Verfassungsgerichts missachtet würden. Aber ich versuche mich da auf so eine Art natürliche Intelligenz zu verlassen und frage mich: Könnte denn in der Verfassung stehen, dass sich ein Land in Richtung Bankrott selbst und einer immer fortschreitenden Verschuldung bewegen soll. Da glaube ich, das kann nicht in einer Verfassung stehen. Irgendwo dazwischen muss der vernünftige Weg liegen, wie wir in Thüringen unsere Kommunen gut ausstatten, sicher ausstatten und dennoch das Land nicht in den Ruin treiben. Dieses Gesetz, wenn man es sich anschaut in der Einführung des Ministers, aber auch in der Textfassung durchliest, dann hat man, wie gesagt, das Gefühl, dass nur ein ganz schmaler Korridor bleibt und wir eigentlich kaum Platz für die Erörterung hätten. Aber in der Suche dieses Korridors oder in dem Versuch, diesen Korridor auszufüllen, glaube ich, liegt die große Aufgabe des Parlaments. Ich glaube, dass dieses Gesetz im System der rechtlichen Normen, besonders der organisatorischen Normen hier in Thüringen kaum veränderbar ist. Wir brauchen systematische und strukturelle Änderungen hier in Thüringen, ansonsten kommen wir an dieses Gesetz, an die hier zu zahlenden Beträge in Richtungen Kommunen überhaupt nicht dran.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Strukturelle Maßnahmen sind hier das A und O oder - wenn man es so will - Alpha und Omega. Die alten kleinteiligen Strukturen, die wir uns in Thüringen hier leisten, manchmal sind sie nicht nur kleinteilig, manchmal sind sie auch kleinkariert,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

diese Strukturen lassen wir uns in diesem Jahr wieder 1,55 Mrd. € kosten. Ich glaube, dass dies unverantwortbar ist und wir unbedingt beginnen müssen, hier einen rigiden Sparkurs anzuwenden. Bei diesem rigiden Sparkurs muss es darum gehen, Thüringen zukunftsfähig zu machen. Bei diesem rigiden Sparkurs muss es darum gehen, dass wir das gemeinsam mit allen Akteuren machen, dass wir die Menschen mitnehmen, denn ein "Stuttgart 21" in unseren Kommunen nützt uns überhaupt nichts. Wir müssen die Leute frühzeitig mitnehmen. Dafür müssen wir für Verständnis werben. Genau an der Stelle will ich eine Kritik einmal herausgreifen. Sie argumentieren in Ihrem Gesetzesentwurf in der Begründung, dass die Revision ergeben hat, dass man keine zusätzlichen Mittel für den Personalaufwand der Kommunen habe, weil geringe Tarifsteigerungen durch moderate Veränderungen in der Belegschaft - also im Abbau von Beschäftigten - aufgefangen werden müssten. In Ihrem eigenen Haushalt erhöhen Sie den Personalbedarf um 4 Mio. €. Das passt einfach nicht zusammen. Hier muss man mit Vorbild vorangehen und sagen, wenn ich das von den Kommunen verlange, dann muss ich das selbst auch mit einbringen; nur so können wir gemeinsam Thüringen fortentwickeln, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Strukturveränderungen sind absolut alternativlos. Ich habe das versucht schon einmal darzustellen. Wir werden in der Haushaltsdebatte dann über den Personalhaushalt Ihres Nachfolgers oder Ihrer Nachfolgerin noch sprechen müssen. Drei Dinge braucht Thüringen: Sparbereitschaft, Strukturreformen und eine Aufgabenkritik, nicht nur auf der kommunalen Ebene, aber heute reden wir ja über die kommunale Ebene und die Beziehung zwischen Land und kommunaler Ebene, insofern eine Aufgabenkritik, die sich zwischen diesen beiden Akteuren darstellt.

Wir sehen die Sparbereitschaft in den Kommunen. Ich will nur ein Beispiel machen: Kommunen, denen es gut geht und die verantwortlich sind, davon gibt es viele. Die sind im Augenblick so weit, dass sie sagen, das, was wir an Geld bekommen können vom Land - das darf man ihnen auch gar nicht übel nehmen, dass sie um jeden Cent und jeden Euro kämpfen -, wenn Sie etwas davon übrig haben, dann stecken sie das in die Tilgung. Ich glaube, das ist eine sehr vernünftige, ordentliche Haushaltsführung. Aber wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass wir nicht das Land immer weiter verschulden lassen können mit der Bereitschaft, Tilgung in den Kommunen zuzulassen. Aber die Sparbereitschaft, das müssen wir einmal verstehen; es geht in den Kommunen nicht darum, dass sie immer mehr haben wollen und - das wurde hier auch gesagt - goldene Türklinken und Ähnliches anschaffen wollen. Die Kommunen sind bereit, auch einen Kurs mitzugehen, wenn er, glaube ich, vernünftig moderiert wird. Darum müssen wir zumindest kämpfen. Wir müssen Strukturreformen durchführen und diese müssen bürgerfreundlich sein. Das oberste Kriterium muss die Bürgerfreundlichkeit sein. Es ist heute in der Debatte schon gesagt worden, es muss ein Leitbild dahinter stehen; dieses Leitbild könnte die Bürgerfreundlichkeit sein. Es muss kostensparend sein und es muss vor allen Dingen den Weg in die Zukunft ebnen. Diese große Anstrengung kann man allerdings nur mit einer offenen Diskussion - und das ist nicht häufig genug sagbar -, mit einer offenen Diskussion mit allen Akteuren, und zwar nicht nur mit den Spitzenverbänden, führen. Die Spitzenverbände, auch das ist heute schon gesagt worden, sind Lobbyverbände und sie können und dürfen nicht anders, als um jeden Euro zu kämpfen. Aber wenn wir die Menschen vor Ort mit einbeziehen, bin ich mir sicher, dass wir zu einer offenen Diskussion kommen können und hier auch zu Strukturreformen, die angenommen werden. Das Wichtigste dabei ist aber, dass wir diese Diskussion jetzt endlich beginnen und die CDU sich nicht weiter wehrt, dagegen eine Kreisgebietsreform beispielsweise anzugehen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist keine gute Politik, dabei zu bleiben, dass wir 23 Kreise haben. Das ist nicht einmal besonders konservativ, denn wir hatten niemals 23 Grafschaften, sonst würde unser Wappen anders aussehen. Wir haben wirklich keinen Grund, diese 23 Gebietskörperschaften hier als Fundament zu zementieren. Ich glaube, wir würden einen großen Schritt weiterkommen, wenn wir einfach mal über ideologische Grenzen hinweg schreiten und sagen, wir diskutieren einfach mal den Vorschlag oder eine Möglichkeit, vier Kreise in Thüringen zu bilden, vier Kreise zu bilden,

(Beifall DIE LINKE)

die analog den im Augenblick eingeführten regionalen Planungsregionen entsprechen. Dort gibt es eine eingeführte Zusammenarbeit. Es gibt schon über die Kreise hinweg Zusammenarbeiten und das ist eine Struktur. Da kann man dann der LINKEN auch nicht mehr vorwerfen, dass sie die alten Bezirke wiederbeleben wollte; das ist eine neue Zahl. Diese vier Kreise würden uns, glaube ich, ein gutes Stück voranbringen, wenn wir

Kompetenz bündeln, Kompetenz damit verstärken und hier wirklich weitermachen können. Das einzig Falsche wäre, diesen Vorschlag nicht zu diskutieren.

(Beifall DIE LINKE)

Das einzig Falsche ist, ihn nicht zu diskutieren, liebe CDUler. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Aufgabenkritik ist gesagt worden. Herr Kuschel hatte ein Beispiel, wo er Kommunen neue Aufgaben zuordnen will. Ich muss und kann als GRÜNER nicht anders, als es immer wieder zu sagen: Das, was Sie bei der Zerschlagung der staatlichen Umweltämter getan haben, war falsch und es war teuer und es war dumm. Und diese sogenannte Reform müssen wir zurücknehmen. Wir müssen Aufgabenkritik üben und wirklich überprüfen, welche Aufgaben in diese kommunale Ebene gehören und welche wir wieder zurück in die Hände des Freistaats führen müssen. Das wäre eine vernünftige Politik. Wenn wir diese Fragen nicht klären, brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, dass wir in jedem Jahr vor dem FAG stehen und sagen werden, eigentlich kann man hier nichts ändern. Wenn wir diese Fragen nicht klären, werden wir niemals zukunftsfähig werden und wenn wir diese Fragen nicht klären, können die Regierungsfaktionen in jedem Jahr den Vorschlag machen, dass man eine höhere Steuereinnahme annimmt, um damit die Neuverschuldung abzusenken. Aber was, wenn diese höheren Steuereinnahmen in einem Jahr mal nicht kommen? Dann sehen wir ganz alt aus und wir treiben die Neuverschuldung zu Lasten unserer zukünftigen Generationen weiter hoch. 17 Mrd. € sind schon da und es dürfte keine Million mehr werden. Deshalb brauchen wir strukturelle Änderungen in diesem Land. Wir stellen uns diesem kontroversen Diskurs. Ich weiß auch, dass das, was wir hier diskutieren müssen, nicht unbedingt dazu führt, dass man in Heerscharen Wähler gewinnt, aber im Augenblick sind die Normen recht günstig für uns Grüne. Wir wollen diesen Aufwind nutzen, um hier kontroverse Diskussionen auch mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit den Menschen vor Ort führen zu können. Wir müssen uns an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren. Nur so können wir dieses Land reformieren und dann macht es auch wieder Sinn, über das FAG im Detail zu diskutieren.

Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)